

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Richard Schöberl
Verlagsredaktion: 25441
Postfach 10011
Schriftleitung: Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - U. 1, Waisenstraße 28/29

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Bestellung monatlich 2,40 RM, einschließlich 30 Pfg. für
Einkaufspreise, durch Verrechnung 2,40 RM, einschließlich 30 Pfg. Postgebühr (ohne Postumschlaggebühren
bei Tagesbestellungen). Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigen-
preise: Die einseitige 30 mal breite Seite 55 Pfg., für auswärts 60 Pfg. Familienanzeigen und
Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., bis 30 mal breite Zeile 200 Pfg.,
außerhalb 250 Pfg. Chiffrenpreise 30 Pfg. Zusätzliche Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Rüdiger & Reichardt,
Dresden, Postfach 100, 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schreibsätze werden nicht aufbewahrt

Sensationelle Pläne der Sozialdemokratie

Ministerpräsident Braun will Reichsminister ohne Verantwortung seiner Partei werden

Anflare Haltung des Zentrums

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Sept. Die Erörterungen darüber, was nach den Wahlen hinsichtlich der Regierungsbildung geschehen könne, werden jetzt bereits in einem großen Teil der Berliner Presse gepflogen. Ausgangspunkt dieser Erörterungen sind die Kontroversen zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun. Das sozialdemokratische Organ, der „Vorwärts“, erklärt, der Reichskanzler Dr. Brüning habe jetzt erneut vor der Notwendigkeit, eine Antwort auf die Frage zu geben, ob die Mitarbeit der Sozialdemokratie nach den Reichstagswahlen für ihn, Brüning, in Frage komme. Wie man aus Zentrumskreisen hört, wird Reichskanzler Dr. Brüning bereits am Dienstagabend in einer großen Zentrumskundgebung, die im Berliner Sportplatz stattfindet, der Sozialdemokratie eine Antwort auf diese Frage geben. Darüber, wie sich die Sozialdemokratie ihre eventuelle Beteiligung an der Regierung denkt, gibt ein Artikel, den der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Universitätsprofessor Dr. Sinzheimer in der Monatschrift „Die Justiz“ veröffentlicht, recht interessante Aufschlüsse. Der Verfasser meint nämlich,

die sozialdemokratische Fraktion im neuen Reichstag müsse sich in der Frage der Regierungsbildung darauf beschränken, dem preussischen Ministerpräsidenten die Mitwirkung in der Reichsregierung zu erzwängen unter voller Freiheit der Entscheidung, ohne Bindung an irgendein Programm oder irgendwelche Richtlinien.

Zur Begründung wird auf die Ausnahmestellung hingewiesen und folgendes erklärt: „Der parlamentarische Konstitutionswille lauert darauf, die antiparlamentarische Strömung zum Siege zu führen. Er wird diesen Sieg nicht erringen, wenn ihm ein mit persönlicher Energie erfüllter parlamentarischer Lebenswille entgegentritt. Diesen persönlichen Willen freizugeben, ist das Gebot der Stunde, wenn wir an das Schicksal der Demokratie in Deutschland denken.“

Man muß diese Ausführungen des Professors Sinzheimer sich doch etwas näher ansehen, denn sie zeigen, daß überflüssige Köpfe in der Sozialdemokratie hier anstehenden Weg sehen, auf dem die Sozialdemokratie die Reichsregierung beherrschen kann, ohne doch an der Regierung beteiligt zu sein. Der preussische Ministerpräsident würde also nach diesem Vorschlag mit der Reichsregierung scheitern und wälzen, wie es ihm beliebt. Er könnte — und das wäre für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das wesentlichste — einmal auch ruhig Dinge mitmachen, die die Fraktion und die Partei nach außen hin ganz energisch ablehnt, denn er wäre ja nicht an irgendwelche Richtlinien gebunden. Für die sozialdemokratische Fraktion ergebe sich aus diesem Vorschlag die sicherlich angenehme Lage, daß man

auf dem Wege über den preussischen Ministerpräsidenten das Reichskabinett je nach Bedarf unter Druck legen, zugleich aber nach außen hin den Charakter der Agitationspartei wahren könnte.

Man kann dem Prof. Sinzheimer im Grunde nur dankbar dafür sein, daß er schon jetzt mit diesen sozialdemokratischen Absichten und Plänen ans Tageslicht tritt, denn so werden noch manchem, der die Sozialdemokratie für guten Willens hält, rechtzeitig die Augen geöffnet werden. Daß man in einem Teil der Zentrumspresse das Liebäugeln mit der Sozialdemokratie trotz des heftigen Kampfes, den der Reichskanzler Dr. Brüning gegen diese Partei zu führen hatte und noch führt, nicht ausgebeugt hat, beweist auch die „Rheinische Volkszeitung“, die zu den Erörterungen zwischen Braun und Dr. Brüning erklärt, daß eine Partei, die auf dem Boden der Verfassung ehrlich mitarbeiten wolle, keine Zurückweisung zu befürchten habe, wenn sie nur das Rettungswerk, das die Regierung Brüning unternommen habe, weder rückgängig mache noch es in seiner Weiterführung gefährde. Diese Darstellungen des rheinischen Zentrumsblattes sind beachtlich, weil sie

die ganze Diskussion zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie auf die Frage zielen, ob die Sozialdemokratie die vom Kabinett Brüning unternommen und eingeleiteten Maßnahmen akzeptieren will oder nicht.

Die Antwort auf eine solche Fragestellung dürfe den Sozialdemokraten allerdings schon schwerer fallen, denn das, was das Kabinett Brüning bisher an gesetzgeberischen Maßnahmen in die Wege geleitet hat, ist ja die Grundlage ihres scharfen Kampfes gegen das Kabinett.

Der „Berliner Lokalanzeiger“, der sich heute auch in die Diskussion darüber, was nach den Wahlen werden soll, einschaltet, erklärt unter der Überschrift „Auf dem Wege zueinander“, man sehe, daß trotz aller Versicherungen von Hindenburgs Programm und antimarxistischer bürgerlicher Regierungen die Herren Braun und Brüning einander schon sehr nahe gekommen seien. Den Kommentar dazu habe der Reichsinnenminister Dr. Brüning geliefert, der erklärt habe, daß ohne den politischen Bruchschlag der Zentrumspartei zwischen rechts und links in Deutschland keine lebensfähige Regierung bestehen könne.

Das alte Schankespiel werde also von Herrn Brüning ausdrücklich für die Zentrumspartei als vaterländische Pflicht in Anspruch genommen.

Immerhin kann das deutsche Bürgertum schon aus diesen, jetzt ja noch rein theoretischen Erörterungen, ersehen, wie groß die Gefahr einer neuen Herrschaft der Sozialdemokratie im Reiche ist, wenn es am Wahlsonntag seinen staatsbürgerlichen Verpflichtungen nicht in dem notwendigen Maße nachkommt. Bedinglich Stärkung der bürgerlichen Reichsparteien kann verhindern, daß Deutschland noch einmal eine sozialdemokratische Mißwirtschaft derart über sich ergehen lassen muß, wie es sie eben schauernd erlebt hat.

Ist das noch Demokratie?

Seit einiger Zeit führt der Linksozialist Dr. Wirth in edler Gemeinschaft mit dem roten Jaren der Preußen, Herrn Braun, seinen Kampf für die Republik mit einem derartigen Ungestüm, daß geradezu jeder kluge Republikaner vor Entsetzen die Hände über dem Kopf zusammenschlagen müßte mit dem Stoßruf: „Der Himmel beschütze die Republik vor ihren Freunden.“ Dr. Wirth, bekannt durch sein Kriegsgeschrei: „Der Feind steht rechts!“ und durch seine Kasandrarufe, durch die er in regelmäßigen Abständen die Krise des parlamentarischen Systems bekräftigt, ist heute Innenminister einer Regierung, die ihre Befehle statt mit dem Parlament mit dem Diktaturparagrafen der Verfassung erläßt. Man kann sich vorstellen, daß sich Herr Wirth in dieser Lage nicht sehr wohl fühlt und daß die Vorwürfe seiner Freunde von links, der Kanzler Brüning sei ein verkappter Diktator, ein Wegbereiter des Faschismus, wie ein zentnerschwerer Stein auf seinem demokratischen Gewissen lasten. Man kann es begreifen, daß ihm beim Anblick von Kollegen im Ministerrat, die politisch zur großen Gruppe der Rechten gehören, nicht ganz wohl zumute ist. Aber man wird es im nationalen Deutschland nicht verstehen, daß Herr Wirth daraus für sich das Recht in Anspruch nimmt, seine Zwangsvorstellungen in einseitiger Weise gegen die radikale Rechte abzureagieren. Man wird es nicht verstehen können und nicht verstehen dürfen, daß Herr Wirth seine politische Zuverlässigkeit den Freunden von links durch eine enge Verbindung mit dem selbstherrlichen preussischen Ministerpräsidenten Braun in angenehme Empfehlung bringt. Wir meinen seinen Kampf gegen den Nationalsozialismus, der in seiner Einseitigkeit nur noch in dem preussischen Kampf gegen Beamte, die dieser Partei angehören, etwas Gleichwertiges findet. Man muß sich dagegen aufbäumen, nicht etwa um der Nationalsozialisten willen, sondern um des politischen Friedens und um — der Demokratie willen. Beide werden nämlich durch die Wirthschen Vorstöße viel mehr gefährdet, als etwa der Nationalsozialismus. Für den letzteren bedeutet Wirths Gegnerschaft nur eine Stärkung, eine Propaganda, ebenso wirksam wie das Braunschandenverbot in Preußen und Bayern. Die Nationalsozialisten werden Wirth nicht böse sein für diese unfreiwilligen Wahlhelferdienste, die er ihnen genau so wie Braun eifrig und umsonst leistet. Wenn man sich gegen Wirths Kampf gegen die Silberbewegung wendet, so braucht man das nicht zu tun, um den Nationalsozialisten irgendeine Unterstützung zu verschaffen, sondern man muß es tun, um vor Methoden zu warnen, die unser ganzes innerpolitisches Leben vergiften können und die uns der Gefahr aussetzen, daß aus Deutschland ein engherziger Parteiltaat wird, in dem die herrschende Partei die übrigen selbst mit den Machtmitteln des Staates klein zu halten sucht.

Was hat der Artikel 118 der Reichsverfassung noch für einen Sinn, in dem es heißt: „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Befehle seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern“, wenn die herrschende Partei in Preußen ihren Gegnern Sonderbestimmungen über Versammlungslokale auflagen darf, die die Abhaltung von Versammlungen vielfach zu einer Unmöglichkeit machen. Wohlgerichtet, bei den Nationalsozialisten fängt das an. Wenn sich aber dieses undemokratische Rezept, den politischen Gegner zu bekämpfen, einmal in den Kreisen der jetzt regierenden Linksozialisten eingebürgert hat, wer garantiert dann dafür, daß man es nicht auf alle unbequemeren politischen Bewegungen ausdehnt? Was heute den Nationalsozialisten in Preußen geschieht, kann morgen die Deutschen treffen, und übermorgen, gesetzt den Fall, das politische Kräfteverhältnis im Reiche würde sich dem Preußens anpassen, den Volkskonferenzen, ja unter Umständen selbst der Volkspartei. Wenn dieser Weg einmal in der Politik beschritten wird, dann kommt auch hier der Appetit mit dem Essen. Daß mit solchen Maßnahmen die politische Atmosphäre helllos vergiftet wird, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Und das um so mehr, wenn Beamte, die außerhalb des Dienstes gegen die herrschende Partei opponieren, wie in Preußen nationalsozialistische Beamte, kurzerhand um Brot und Beruf gebracht werden. Mit der Verfassungsbestimmung, daß kein Arbeits- oder Angestelltenverhältnis die freie Meinungsäußerung hindern kann und niemand dadurch benachteiligt werden darf, sowie mit dem klaren Wortlaut des Artikels 130, wonach allen Beamten die Freiheit ihrer politischen Betätigung gewährleistet wird, steht diese neupreussische Beamtenpolitik im glatten Widerspruch.

Und nun wendet sich Dr. Wirth erneut gegen Thüringen, weil dort eine Koalitionsregierung, bestehend aus Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolk, Deutschenationalen und Nationalsozialisten, es für richtig gehalten hat, einige langjährige Beamte in leitende Stellen der Landespolizei zu befördern. Diese Leute aber waren Nationalsozialisten, und das genügt, um den Jörn Wirths zu erregen. Er läßt die Polizeizuschüsse an das Land sperren und reicht eine Denkschrift beim Staatsgerichtshof ein, in der behauptet wird, die Nationalsozialisten seien revolutionär, sie erstrebten eine

Regelrechter Kriegszustand im Korridorgebiet

Starke Truppenkonzentration

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Sept. Offenbar als Antwort auf die Erörterungen des deutschen Disarmierungsproblems, das im Wahlkampf bekanntlich eine wichtige Rolle spielte, hat die polnische Regierung im Korridorgebiet starke Truppenmassen zusammengezogen, was sich in dem schon an sich stark mit Militär besetzten Gebiet besonders unangenehm ausdrückt. Sehr stark und vor allem sehr auffällig sind diese Truppenbewegungen im Norden des Korridors, und zwar an der Grenze zwischen Pommern und der Freien Stadt Danzig. So hat man in zwei kleinen Landkreisen allein über anderthalb polnische Armeekorps konzentriert. Dazu treten dann noch die anderen

Truppenmassen, die gegenüber der ostpreussischen Grenze liegen,

und die schon jedem Reisenden seit Jahren auffielen. Zu gleicher Zeit hat eine enorme Verschärfung der Grenzkontrolle eingesetzt. Man hat wieder die Bestimmung eingeführt, daß deutsche Kraftfahrzeuge, die durch den Korridor nach Ostpreußen wollen, nur eine ganz bestimmte Straße durchfahren dürfen, und zwar ohne Aufenthalt. Schließlich ist auch noch die polizeiliche Grenzkontrolle durch Militär ergänzt worden. Dazu tritt dann noch eine

Scharfe Presse- und Logar Zensur,

so daß das Korridorgebiet im Zeichen eines regelrechten Kriegszustandes sich befindet, ein Zustand, der besonders auf den deutschen Landwirten dieses Gebietes schwer lastet. Polen will auf diese Weise offenbar der deutschen Politik zeigen, daß es gewillt ist, jede etwaige Grenzveränderung mit kriegerischen Mitteln zu verhindern. Man wird sich aber auch durch solche eindrucksvoll sein sollende militärische Demonstrationen in Deutschland nicht davon abhalten lassen, nach wie vor die Beseitigung der für Deutschland unmöglichen Disarmierung zu fordern.

Wegen eines Briefkastens

Scharfe polnische Note an Danzig

Danzig, 8. Sept. In der Nacht zum Sonntag ist ein polnischer Briefkasten an dem polnischen Postamt am Develiusplatz durch Ausfragen des polnischen Hoheitsabzeichens beschädigt worden. Im Zusammenhang damit hat die polnische Regierung durch ihren Vertreter in Danzig am Montag an den Senat der Freien Stadt Danzig eine Note gerichtet, in der es heißt,

daß die wiederholten Beschädigungen polnischer Briefkästen auf eine systematische Aktion gewisser Danziger Faktoren hindeuten scheine.

In der Note wird gefordert, der polnischen diplomatischen Vertretung über die Ergebnisse der von der Danziger Polizei eingeleiteten Untersuchung sowie über die Maßnahmen Mitteilung zu machen, die der Senat ergreifen werde, um derartigen Zwischenfällen endgültig ein Ende zu bereiten.

Die Danziger Regierung kann natürlich nicht für Ausschreitungen verantwortlich gemacht werden, die von irgendwelchen Elementen an polnischen Briefkästen verübt werden.

Ein neues Delfeld in Nordwestdeutschland

Bremen, 8. Sept. Wie bekannt wird, ist die Bremer Erdbil.-A.G. Bremen bei ihrer Bohrung auf Sademstors II etwas unterhalb des Erdölfeldes von Wiche an der Aller auf Erdöl gestoßen. Der bekannte Geologe Professor Dr. Stoller von der preussischen geologischen Landesanstalt Berlin, der im Verein mit Professor Dr. Penk die geologischen Vorarbeiten für die Bohrung leitete, äußerte sich dahin, daß die Erdöl führenden Schichten sehr ähnlich liegen wie bei anderen deutschen Erdölfeldern in der unteren Kreide. Eine Untersuchung hat einen großen Teilgehalt der sechs ausgeprägten Schichten ergeben. Es handelt sich bei dem Sademstors Delfeld um die Erschließung eines neuen, sehr wichtigen Delfeldes.